

CH_VB 91.3250 vom 4. Oktober 1991

Bundesverwaltung, 1991-10-04, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_91.3250

FR: CH_VB 91.3250 du 4 octobre 1991

IT: CH_VB 91.3250 del 4 ottobre 1991

Volltext

4. Oktober 1991 1965 Motion Baerlocher Texte de la motion du 20 juin 1991 Le Conseil fédéral est chargé de traiter en priorité les objets inscrits au programme législatif du 26 février 1986 et de les ré- liser dans la législature 1991 -1995.

Mitunterzeichner-Cosignataires: Antille, Bär, Bäumlin, Danu- ser, Déglise, Diener, Dormann, Fankhauser, Gardiol, Grendel- meier, Grossenbacher, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Jeanprêtre, Leemann, Leutenegger Oberholzer, Mauch Ur- sula, Nabholz, Paccolat, Pitteloud, Segmüller, Stamm, Uch- tenhagen, Ulrich (25) Schriftliche Begründung - Développement par écrit Am 7. Februar 1971 wurde den Schweizerinnen das Stimm- und Wahlrecht gewährt, und am 14. Juni 1981 wurde die Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Bundesverfas- sung verankert. Aus Anlass dieser beiden Jubiläen und des 700jährigen Bestehens der Eidgenossenschaft wurde am 7.1 8. Februar 1991 die erste Frauensession im Parlamentsge- bäude durchgeführt. 200 Frauen aus allen Landesteilen, ver- schiedenen Parteien, Generationen und Verbänden diskutier- ten u. a. die noch pendenten Forderungen des Rechtset- zungsprogramms. In allen Arbeitsgruppen wurde die priori- tare Behandlung verlangt und die Präsidentin der vorbereiten- den Kommission mit dem Einreichen einer entsprechenden Motion beauftragt. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 28. August 1991 Rapport écrit du Conseil fédéral du 28 août 1991 Wie der vom Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann für die Frauensession vom 7./8. Februar 1991 aktualisierte An- hang zum Rechtsetzungsprogramm «Gleiche Rechte für Frau und Mann» aus dem Jahre 1986 zeigt, wurde in der auslaufen- den Legislaturperiode die erste Phase der Umsetzung verwirk- licht. Wichtige Rechtsbereiche wurden mit Artikel 4 Absatz 2 BV in Uebereinstimmung gebracht, so vor allem das Stimm- und Wahlrecht, das Bürgerrecht, das Ausländerrecht, das Be- amtenrecht und das Eherecht. Für die nächste Legislaturperiode sind unter anderem der Er- lass eines Bundesgesetzes zur Gleichstellung von Frau und Mann im Erwerbsleben, die Revision des Eheschliessungs- und -Scheidungsrechts sowie die Weiterführung der Revi- sionsarbeiten auf dem Gebiet der Sozialversicherung, na- mentlich auch die Einführung einer Mutterschaftsversiche- rung und gleicher Krankenkassenprämien für Frauen und Männer, vorgesehen. Die im Rechtsetzungsprogramm aufgeführten Gleichstel- lungspostulate wurden bisher vor allem durch die Beseitigung formaler Ungleichheiten verwirklicht. Nach Ansicht des Bun- desrates kann die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann in verschiedenen Bereichen nicht nur durch eine Anglei- chung der Stellung der Frau an diejenige des Mannes erfol- gen, sondern sie erfordert öfters auch neue, für Frauen und Männer innovative Lösungen. Bei den noch anstehenden ge- setzgeberischen Arbeiten ist die Zielsetzung von Artikel 4 Ab- satz 2 BV klar und unbestritten; über die Mittel, die zu deren Er- reichung einzusetzen sind, besteht jedoch nicht von vornher- ein Konsens; die konkrete Umsetzung muss in jedem Einzel- fall entwickelt werden. Die Gleichstellung von Frau und Mann ist nicht Selbstzweck, sondern auf die Schaffung gleicher Ent- faltungsmöglichkeiten

in der gesellschaftlichen Wirklichkeit angelegt. Ihre möglichst baldige Realisierung verlangt die Berücksichtigung des Verfassungsauftrags in der gesamten gesetzgeberischen Tätigkeit. Aus diesen Gründen beantragt der Bundesrat, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. Schriftliche Erklärung des Bundesrates Déclaration écrite du Conseil fédéral Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ueberwiesen als Postulat - Transmis comme postulat 67-N #ST# 91.3250 Motion Baerlocher Verbot der Einfuhr zur Weiterverarbeitung und Wiederausfuhr von DDT Interdictions d'importer et de traiter du DDT en vue de sa réexportation Wortlaut der Motion vom 21. Juni 1991 Der Bundesrat wird gebeten, die Stoffverordnung dahingehend zu ändern, dass die Einfuhr von DDT und Weiterverarbeitung zwecks Wiederausfuhr verboten ist (Streichen der Ziff. 2c, Anhang 3.1 der StoV und Ziff. 2 Abs. 3, Anhang 4.3 StoV). Texte de la motion du 21 juin 1991 Le Conseil fédéral est chargé de modifier l'ordonnance sur les substances dangereuses pour l'environnement de manière à interdire l'importation ainsi que le traitement du DDT en vue de le réexporter (biffer le ch. 2c de l'annexe 3.1 et le ch. 2, al. 3, de l'annexe 4.3 de l'ordonnance). Mitunterzeichner - Cosignataires: Bäumlín, Danuser, Haering Binder, Herczog, Leuenberger-Solothurn, Leutenegger Oberholzer, Meier-Glatfelden, Rechsteiner, Stocker, Ulrich, Weder-Basel, Zbinden Hans, Züger (13) Schriftliche Begründung - Développement par écrit In der Stoffverordnung ist das Herstellen, das Abgeben, Einführen und Verwenden von halogenierten organischen Verbindungen verboten. Für DDT gilt die Ausnahme für das Einführen und Weiterverarbeiten zur Wiederausfuhr (StoV Anhang 3.1, Ziff. 2c). Zudem darf DDT als Pflanzenbehandlungsmittel nur eingeführt werden, wenn es für die Abgabe oder die Ausfuhr verändert oder neu verpackt wird (StoV Anhang 4.3, Ziff. 2 Abs. 3). DDT ist heute als Pestizid in keinem OECD-Land mehr registriert. DDT ist hochgiftig für Mensch und Tier, und seine Umweltrelevanz ist schon lange bekannt. Gemäss dem FAO-Verhaltenskodex für Pestizide sollte DDT nicht mehr verwendet werden. Zudem steht in diesem Verhaltenskodex auch, dass bei Exporten die gleichen Standards anzuwenden sind wie im Herkunftsland. Dass sich Schweizer Firmen auch heute noch nicht an diesen Kodex halten, zeigt das jüngste Beispiel der Firma Ciba-Geigy, welche das Insektizid «Ultracid combi» mit dem Wirkstoff DDT nach Tansania verkauft hat. Die Firma hat gemäss der Stoffverordnung mit diesem Verkauf keine Schweizer Gesetze verletzt, da das DDT in die Schweiz lediglich zur Weiterverarbeitung eingeführt wurde und wieder ausgeführt wurde. Doch muss dieser Handel als eine Verletzung des FAO-Kodex angesehen werden. Ebenso müsste sich die genannte Firma gemäss ihren eigenen Richtlinien an diesen Kodex halten. In der Schweiz sollte gemäss dem FAO-Kodex eine Weiterverarbeitung von DDT eigentlich nicht mehr zugelassen werden. Es wäre daher angebracht, wenn der Bundesrat die Stoffverordnung entsprechend abändern und somit zur Durchsetzung eines weltweiten Verbotes von DDT einiges beitragen würde. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 28. August 1991 Rapport écrit du Conseil fédéral du 28 août 1991 Die Firma Ciba-Geigy hat mit ihrer Lieferung von DDT nach Tansania gegen keine Schweizer Bestimmungen verstossen. Da die Firma die Lieferung bei den zuständigen Schweizer Be-

Motion Borei 1966 4 octobre 1991 hörden gemeldet hat und das Produkt zudem vom zuständigen Ministerium in Tansania bestellt worden ist, liegt auch kein Verstoss gegen den FAO-Verhaltenskodex vor. Wie der Bundesrat auch in seiner Antwort auf die Motion der grünen Fraktion (91.3191) darlegte, setzt er sich sehr für die Verbesserung des Anwender- und Umweltschutzes in Entwicklungsländern ein. Er zieht dabei ein

international harmonisiertes Vorgehen zur Lösung der Probleme punktuellen Exportverboten und nationalen Alleingängen vor. Die Verwirklichung des von PAO, UNEP und OECD neulich beschlossenen Grundsatzes der «vorherigen Zustimmung nach Inkenntnissetzung» (Prior Informed Consent, PIC) ist nach Ansicht des Bundesrates die bestmögliche Lösung des Problems. Ein Notifikationsverfahren soll sicherstellen, dass die Importländer auf bestehende Einschränkungen und Verbote hingewiesen und über Gefahren für Mensch und Umwelt informiert werden. Damit soll ausgeschlossen werden, dass Käufe in Unkenntnis der Risiken, die von gewissen Stoffen ausgehen, getätigt werden. Die Stoffe, für welche die beschriebenen Massnahmen gelten, werden in einer Liste zusammengestellt (PIC-Liste: FAO/UNEP Panel of Experts' list of chemicals recommended for prior informed consent procedure), die laufend nachgeführt werden soll. Auf der aktuellen PIC-Liste figuriert auch DDT. DDT ist persistent und akkumuliert sich in der Nahrungskette. Sein Eingang in die Umwelt sollte wenn immer möglich vermieden werden. Der Bundesrat ist bereit zu prüfen, ob die 1986 in der Stoffverordnung gewährte Ausnahme für das Einführen und Weiterverarbeiten zur Wiederausfuhr nach wie vor begründet ist. Sollte die Erfahrung mit dem PIC-Verfahren zeigen, dass keine begründbare Nachfrage nach DDT mehr besteht, wird er die Ausnahme aufheben. Schriftliche Erklärung des Bundesrates Déclaration écrite du Conseil fédéral Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ueberwiesen als Postulat-Transmis comme postulat #ST# 91.3202 Motion Borei Geburtsgebrechen. Erweiterte Kostenübernahme durch die IV Infirmités congénitales. Prise en charge par l'Ai des frais médicaux, pharmaceutiques et hospitaliers sans limitation dans le temps

Mitunterzeichner-Cosignataires: Aguet, Béguelin, Bircher Silvio, Bodenmann, Brügger, Bundi, Danuser, Eggenberger Georges, Fankhauser, Haering Binder, Hafner Ursula, Haller, Herczog, Jeanprêtre, Lanz, Leemann, Meizoz, Pitteloud, Reimann Fritz, Ruffy, Stappung, Uchtenhagen, Vollmer, Züger (24) Schriftliche Begründung - Développement par écrit A l'heure actuelle, les infirmes congénitaux voient leurs frais médicaux, etc., liés à leur infirmité pris en charge par l'Ai jusqu'à l'âge de 20 ans. Ensuite, ces frais doivent être pris en charge par les caisses-maladie. Cela correspond en général à une baisse de prestations, souvent en cours de traitement. Aux problèmes financiers s'ajoutent des problèmes humains (changement de médecin, de type de traitement, etc.) douloureux pour l'infirmes et son entourage déjà suffisamment touchés par l'infirmité elle-même. Il conviendrait de renoncer à ce changement de statut au moment de la majorité, incompréhensible pour la plupart des intéressés, et dommageable pour leur santé physique et psychique. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 4. September 1991 Rapport écrit du Conseil fédéral du 4 septembre 1991 Le traitement des infirmités congénitales est réglé à l'article 13 de la loi fédérale sur l'assurance-invalidité (LAI). Il est toutefois à noter que ces dispositions ont été adoptées à l'époque parce qu'il n'était pas possible d'assurer les enfants auprès de l'assurance-maladie avant leur naissance. L'assurance-invalidité assume donc sur ce point les tâches d'une assurance-maladie élargie. Le texte de loi limite le droit aux assurés mineurs. L'ordonnance concernant les infirmités congénitales (QIC) contient des dispositions plus détaillées; elle stipule notamment à l'article 3 que le droit au traitement d'une infirmité congénitale s'éteint à la fin du mois au cours duquel l'assuré a accompli sa vingtième année. Les prestations pour des mesures qui sont encore nécessaires après ce délai doivent, selon le droit en vigueur, être prises en charge, soit en vertu de l'article 12 LAI (droit aux mesures médicales), soit par l'assurance-maladie. L'Office fédéral des assurances sociales est conscient des problèmes soulevés par la situation actuelle, et il

recherche de nouvelles possibilités. Des modifications de la réglementation actuelle peuvent être envisagées dans le cadre de la quatrième révision de la LAI prévue non pour le courant de la prochaine législature, mais de celle d'après. Il ne faudra pas alors examiner l'article 13 déterminant ici de façon isolée; c'est plutôt l'ensemble des questions de la réadaptation médicale dans la LAI qui devra être revu globalement. Schriftliche Erklärung des Bundesrates Déclaration écrite du Conseil fédéral Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat. Ueberwiesen als Postulat-Transmis comme postulat Wortlaut der Motion vom 19. Juni 1991 Der Bundesrat wird eingeladen, eine Aenderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung vorzuschlagen, wonach die durch Geburtsgebrechen verursachten Kosten für Arzt, Heilmittel und Pflege nicht nur bis zum Alter von 20 Jahren, wie es heute der Fall ist, sondern ohne zeitliche Begrenzung von der IV übernommen werden. Texte de la motion du 19 juin 1991 Le Conseil fédéral est invité à modifier la loi sur l'assurance-invalidité de manière à ce que, pour les infirmes congénitaux, la couverture par cette assurance des frais médicaux, pharmaceutiques et hospitaliers en relation avec leur infirmité soit garantie sans limitation dans le temps, et non plus uniquement jusqu'à l'âge de 20 ans comme jusqu'ici.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Motion Baerlocher Verbot der Einfuhr zur Weiterverarbeitung und Wiederausfuhr von DDT Motion Baerlocher Interdiction d'importer et de traiter du DDT en vue de sa réexportation In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1991 Année Anno Band IV Volume Volume Session Herbstsession Session Session d'automne Sessione Sessione autunnale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 16 Séance Seduta Geschäftsnummer 91.3250 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 04.10.1991 - 08:00 Date Data Seite 1965-1966 Page Pagina Ref. No 20 020 396 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.